

Postulat CVP-GLP-Fraktion

«Integrationsagenda St.Gallen»

Ausgangslage: Der Bundesrat hat am 25. April 2018 die Integrationsagenda Schweiz verabschiedet. Mit der Neustrukturierung des Asylwesens werden die Verfahren beschleunigt und zeitnah abgeschlossen. Menschen, die in der Schweiz Schutz erhalten und als Flüchtlinge (FL) oder vorläufig aufgenommene Personen (VA) bleiben, können rascher und nachhaltiger integriert werden. Bund und Kantone einigten sich in der Integrationsagenda auf fünf Wirkungsziele:

1. FL/VA verfügen drei Jahre nach ihrer Einreise über sprachliche Basiskenntnisse zur Bewältigung des Alltags;
2. 80 Prozent der Kinder aus dem Asylbereich, die im Alter von 0 bis 4 Jahren in die Schweiz kommen, können bei Beginn der obligatorischen Schulzeit sich in der gesprochenen Sprache verständigen;
3. zwei Drittel aller FL/VA im Alter von 16 bis 25 Jahren befinden sich innert fünf Jahren nach der Einreise in einer Ausbildung;
4. die Hälfte der erwachsenen FL/VA ist sieben Jahre nach der Einreise nachhaltig in den ersten Arbeitsmarkt integriert;
5. alle FL/VA sind sieben Jahre nach der Einreise vertraut mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten und haben Kontakte zur einheimischen Bevölkerung.

Mit den kantonalen Integrationsprogrammen verfügen die Kantone bereits heute über einen Rahmen, welcher alle spezifischen Integrationsförderangebote umfasst. Eine Neuausrichtung der Integrationsförderung ist grundsätzlich nicht erforderlich. Jedoch muss es gelingen, die einzelnen Massnahmen früher einzusetzen, zu intensivieren und besser abzustimmen.

Zentraler Punkt der Integrationsagenda ist eine Verdreifachung der Integrationspauschale (IP) von bisher 6'000 auf 18'000 Franken je Person bei Erhalt eines positiven Bleibeentscheids (Anerkennung als Flüchtling oder vorläufige Ausnahme). Wie bisher ist die IP zweckgebunden und dient namentlich der beruflichen Integration und dem Erwerb einer Landessprache. Im Zuge der Umsetzung der Integrationsagenda sollen in einer zweiten Phase die aktuell bestehenden Fehlanreize im Bereich der Globalpauschale Asyl analysiert und beseitigt werden. Die Integrationspolitik im Kanton St.Gallen ist breit abgestützt. Auf kantonaler Ebene sind das Sicherheits- und Justizdepartement (Asylbereich), das Departement des Innern (Integration im engeren Sinn), das Bildungsdepartement (Brückenangebote, Ausbildung) und das Volkswirtschaftsdepartement (Arbeitsmarkt) betroffen. Dabei nehmen insbesondere die Gemeinden eine sehr zentrale Rolle ein. Die Vereinigung der St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP) und der Trägerverein Integration St.Gallen (TISG) sind vor Ort in der Umsetzung zuständig.

Die Integration im Arbeitsmarkt ist insbesondere dann erfolgreich, wenn vorgängig die FL/VA in Sprache und Bildung gezielt aufgebaut werden. Die Erwerbsquote im Kanton St.Gallen ist im interkantonalen Vergleich relativ gut. Eine erfolgreiche Integration hängt aber auch von den strukturellen Faktoren sowie der Arbeitslosigkeit und dem Branchen-Mix in den Kantonen ab. Mit der Integrationsagenda soll der Integrationsprozess verbindlicher für alle Kantone gestaltet und letztendlich auch die Kosten in der Sozialhilfe reduziert werden. Hochrechnungen gehen davon aus, dass bei erfolgreicher Umsetzung der Integrationsagenda die Sozialhilfekosten in der Schweiz im Umfang von 300 Mio. Franken reduziert werden können. Die Erkenntnis ist nicht neu: Die Nicht-Integration verursacht mittel- und langfristig erhebliche Kosten. Aufgrund der starken horizontalen wie vertikalen Dimension der Integrationsmassnahmen ist eine effiziente und wirksame innerkantonale Umsetzung von grosser Bedeutung.

Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat einen Bericht zur Umsetzung der Integrationsagenda St.Gallen zu erstatten. Dieser soll aufzeigen, wie die Aufgabenteilung von Kanton und

Gemeinden zur Umsetzung der Integrationsagenda optimiert, wie die Finanzierungsflüsse zwischen Bund und Kanton einerseits und Kanton und Gemeinden andererseits ausgestaltet und wie die Aufgaben der verschiedenen Departemente bei der Integration im Sinn von schlankeren Abläufen, einer besseren Erreichung der Wirkungsziele und der Kosteneinsparung zusammengeführt werden.»

17. September 2018

CVP-GLP-Fraktion